



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 14. Dezember 2023

Bundesregierung darf unsere Landwirtschaft nicht einseitig belasten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Einigung der Ampel-Spitzen zum Bundeshaushalt 2024 ist ein Schlag ins Gesicht unserer Landwirte, die verlässlich unsere Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sichern, und geht einseitig zulasten der ländlichen Räume.

Die Streichung der Agrardiesel-Rückvergütung bei der Energiesteuer sowie das Aus für die Befreiung ihrer Fahrzeuge von der Kfz-Steuer bürdet den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Mehrkosten von rund einer Milliarde Euro auf. Hinzu kommen die zusätzlichen Kosten durch die Erhöhung der nationalen CO₂-Bepreisung von 30 Euro pro ausgestoßener Tonne CO₂ auf 45 Euro statt der bisher vorgesehenen 40 Euro. Mehrbelastung hier ist für die Menschen im ländlichen Raum, wo weitere Fahrtstrecken erforderlich sind, von besonderer Relevanz. Nach Aussagen von Bundesfinanzminister Lindner soll das Bundeslandwirtschaftsministerium (genauso wie das Bundesumweltministerium) zudem auf 250 Mio. Euro aus den Versteigerungserlösen gemäß dem Windenergie-auf-See-Gesetz verzichten.

Wie umstritten und unausgegoren die Pläne der Bundesregierung sind, hat Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir selbst in der Regierungsbefragung des Deutschen Bundestags am 13. Dezember 2024 zu Protokoll gegeben: „*Ich habe aber immer gesagt, dass sowohl die Agrardieselbeihilfe als auch die Kfz-Steuerbefreiung für unsere Land- und Forstwirtschaft notwendig sind. Wenn beides gleichzeitig wegfällt, dann kriegen wir ein Problem, was das Thema Wettbewerbsfähigkeit angeht, insbesondere in Bezug auf das Thema Agrardiesel.*“

Wenn die Bundesregierung nun offensichtlich genau dies vorschlägt, dann zeigt dies zweierlei: Zum einen scheint das Wort des Bundeslandwirtschaftsministers in der Bundesregierung wenig bis gar kein Gewicht zu haben und er wurde gegebenenfalls gar nicht im Vorfeld der Entscheidung in irgendeiner Weise einbezogen. Und zum anderen ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe nichts, worum sich diese Bundesregierung

Steffen Bilger MdB
Stellvertretender Vorsitzender
T 030. 227-73023
F 030. 227-2373023
steffen.bilger@bundestag.de

Albert Stegemann MdB
Vorsitzender der AG Ernährung
und Landwirtschaft
T 030. 227-77155
F 030. 227-70153
albert.stegemann@bundestag.de

Artur Auernhammer MdB
Agrarpolitischer Sprecher der
CSU-Landesgruppe
T 030. 227-78797
F 030. 227-76797
artur.auernhammer@
bundestag.de

Henning Otte MdB
Fachsprecher Ländlicher Raum
T 030. 227-72320
F 030. 227-76320
henning.otte@bundestag.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.cducusu.de

sorgt. Zudem führen steigende Kosten der landwirtschaftlichen Betriebe zwangsläufig zu höheren Preisen für die Verbraucher bei Lebensmitteln und zu steigenden Importen aus dem Ausland.


Noch bevor die Pläne der Bundesregierung im Detail vorliegen, hat der Streit über die Verantwortung für dieses „Bauernopfer“ bereits begonnen:

- Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir (Grüne) verweist darauf, dass er an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen sei und dass beide steuerrechtlichen Änderungen im Verantwortungsbereich von Bundesfinanzminister Lindner (FDP) lägen. Er lässt unerwähnt, dass seine Partei die Steuerbegünstigungen als „ökologisch schädliche Subventionen“ diffamiert.
- Führende Vertreter der FDP-Fraktion wiederum führen an, dass der Vorschlag zur Streichung der Agrardiesel-Rückerstattung ursprünglich aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft selbst gekommen sei. Der Bundesfinanzminister bezeichnet die zur Disposition stehenden Regelungen schlicht als „Abbau alter, nicht mehr benötigter Subventionen“ – und das, obwohl es für viele Landwirte schlichtweg keine Alternative zum Diesel gibt.
- Von der SPD ist zu diesem Thema – wie so oft bei Angelegenheiten aus diesem Fachbereich – außer einem diffusen Verweis auf „klimaschädliche Subventionen“ nichts zu hören.

Dieses Verantwortungsspingpong auf dem Rücken unserer Landwirte ist unerträglich. Als Opposition werden wir mit Nachdruck die Klärung der Verantwortlichkeiten betreiben. Keinesfalls werden wir es Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir durchgehen lassen, dass er sich einen schlanken Fuß macht: Wir fordern ihn auf, dass er alles daransetzt, diese Pläne seiner Regierung möglichst umfassend zu verhindern. Ansonsten wird er über keinerlei Glaubwürdigkeit als Anwalt der Interessen der Landwirtschaft mehr verfügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den anstehenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 werden wir die Regierungskoalition mit ihrer inneren Zerrissenheit auch in dieser Frage konfrontieren und für eine Korrektur dieser einseitigen und nicht verantwortbaren Belastungen für die landwirtschaftlichen Betriebe kämpfen. Dafür bitten wir um Eure Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen


Steffen Bilger MdB


Albert Stegemann MdB


Artur Auernhammer MdB


Henning Otte MdB